



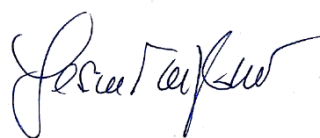
Newsletter

Mai 2018

Liebe Leserin, lieber Leser,

neben der andauernden Diskussion zum Brexit und dem Austausch mit Regierungschefs über die Zukunft Europas (zuletzt Bettel/ Luxemburg und Michel/Belgien) beschäftigt uns natürlich auch der Ausgang nationaler Wahlen in den Mitgliedstaaten der EU. Sorgen bereitet allen die neue Regierung in Italien, wo sich zwei sehr gegensätzliche europakritische Parteien verbündet und den Wählern jede Menge versprochen haben, was gar nicht finanzierbar ist - nicht gerade geeignet, um die Stabilität Europas zu befördern. Positiver ist die Wahl in Slowenien zu bewerten: die stärkste Partei stellen zwar auch dort Europakritiker, aber sie haben - trotz aktiver Unterstützung von Victor Orban aus Ungarn - nicht dazugewonnen und können auch keine Regierung stellen, da sie kaum Verbündete finden werden. Die vier liberalen Parteien (fast schon Tradition in Slowenien, dass die Liberalen sich in verschiedenen Bewegungen engagieren) verfügen aber zusammen über deutlich mehr Sitze und könnten damit wieder eine Regierung bilden, wenn sie sich mit einer der anderen Parteien in einer Koalition zusammenschließen. Spannende Zeiten im Vorfeld der nächsten Europawahlen 2019! Und im Parlament läuft langsam der Countdown für diverse Gesetze bzw. Novellierungen - mehr dazu in diesem Newsletter.

Viele Spaß beim Lesen und herzliche Grüße aus Brüssel!



Inhalt

I. Aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Aussprache mit dem belgischen Premierminister Charles Michel zur Zukunft der EU	Seite 3
Anhörung von Mark Zuckerberg vor dem Europäischen Parlament	Seite 3
Plenardebatte zum „Mehrjähriger Finanzrahmen 2021-2027 und Eigenmittel“	Seite 4
Aussprache mit dem luxemburgischen Premierminister Xavier Bettel zur Zukunft der EU	Seite 5
Neu: 3. Mobilitätspaket	Seite 5

II. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel und Straßburg

Förderung sauberer und energieeffizienter Straßenfahrzeuge	Seite 7
Neue CO2-Grenzwerte für PKW und neue leichte Nutzfahrzeuge	Seite 7
Single Use Plastics	Seite 8
Besuchergruppen im Mai/Juni	Seite 8

III. Termine im Wahlkreis und in "aller Welt"

Europäisches Verkehrsnetz: Thema in Wien und Ljubljana	Seite 10
Liberales Familientreffen: ALDE-Council in Sofia	Seite 10
Europäischer Tag der Meere in Burgas	Seite 10

IV. Terminvorschau

I. Aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Aussprache mit dem belgischen Premierminister Charles Michele zur Zukunft der EU

Auf Einladung des Europäischen Parlaments stellte Premierminister Charles Michel seine Idee für eine starke und realistische EU dem Brüsseler Miniplen am Donnerstag, den 3. Mai, vor. Der Liberale verdeutlichte dabei wie wichtig es für die EU sei ihren Mehrwert aufzuzeigen. Gerade aufgrund der aktuellen Vertrauenskrise in die politischen Institutionen und die Medien sei es wichtig, dass die EU sich auf ihre Hauptpfeiler zurückbesinne: Frieden, Sicherheit, Wohlstand, Recht, Freiheit und Demokratie. Natürlich immer unter der Berücksichtigung der Subsidiarität, welche aber eine Zusammenarbeit der Parlamente nicht ausschließe. Europa müsse, laut Michel, in folgenden drei Feldern arbeiten: Wohlstand, Sicherheit und Europäischen Werten.

Die EU müsse Wohlstand herstellen, indem sie beispielsweise die Bankenunion vorantreibe, den Binnenmarkt verwirkliche und am Freihandel festhalte und diesen erweitere, welcher unter den richtigen Bedingungen wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt bringe. In Punkto Sicherheit betonte Michel, dass Demokratie und Rechtsstaatlichkeit garantiert werden müsse. Dafür seien die Sicherung der EU-Außengrenzen, mehr Kooperation zwischen den nationalen Behörden und einer europäischen Verteidigung innerhalb der NATO notwendig. Im Bereich Migration verwies Michel darauf, dass Migrationsbewegungen zur Menschheitsgeschichte gehören. Dieser Herausforderung sei mit Humanität und Entschlossenheit zu begegnen - dafür müsse die EU ein legales, organisiertes Migrationssystem etablieren. All diese Vorhaben können nur auf der Basis der Europäischen Werte geschehen. Michel mahnte an, dass das Problem nicht bei einer fehlenden Existenz dieser Werte sondern der Anwendung dieser durch Mitgliedsstaaten liege. Deshalb forderte er, dass sich jeder Mitgliedsstaat auf seine jeweilige Anwendung der Grundrechte überprüfen lassen müsse.

Um diesen Herausforderungen zu begegnen forderte Michel ein Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten. Eine Überarbeitung der Verträge sei seiner Meinung nach kurzfristig und mittelfristig nicht notwendig. Es solle kein „Europa a la carte“ geschaffen werden, sondern Rückschritte vermieden und Staaten nicht gegen ihren Willen zu einem bestimmten Verhalten gezwungen werden. Weiterhin nahm er Bezug auf die am Vortag verabschiedete Budgetplanung der EU: Sie müsse diese genauso streng und gewissenhaft vornehmen, wie sie dies von ihren Nationalstaaten verlange.

In der anschließenden Debatte wurde besonders dieser Punkt gerade von den rechten Parteien aufgenommen: Das Budget der EU, welches 1,1% des BIPs der EU entspricht, sei viel zu hoch, Finanzen sollen Teil der nationalen Souveränität bleiben. Darauf antwortet unser ALDE-Fraktionsvorsitzender Guy Verhofstadt, dass die EU dieses Budget benötige. Die aktuellen Krisen bräuchten nicht weniger, sondern mehr Europa. Das höhere Budget bedeute, dass auf der nationalen Ebene Geld eingespart werde. In vielen Politikbereichen, wie zum Beispiel der Europäischen Verteidigung, wäre es ineffizient, dass 28 Mal Geld ausgegeben werde.

Es ist schön, dass mit Charles Michel eine liberale und realistische Vision für Europa gezeichnet werden konnte. Ganz besonders hat mir sein noch hinzugefügter Appell an die Verteidigung der Pressefreiheit gefallen, passend am Tag der Pressefreiheit.

Anhörung von Mark Zuckerberg vor dem Europäischen Parlament

Am Dienstagabend, den 22.05.2018 musste sich der Konzernchef von Facebook für seinen Umgang mit Nutzerdaten vor dem Europäischen Parlament verantworten - der amerikanische Senat hatte im April bereits eine stundenlange Anhörung mit dem jungen Gründer durchgeführt. Hintergrund ist der Datenskanal mit der britischen Firma Cambridge Analytica, bei dem diese sich auf illegale Weise Zugang zu den Nutzerdaten verschafft haben. Die Fraktionsführer der europäischen Parteien hatten die Möglichkeit, in einer Fragerunde Mark Zuckerberg mit den Fragen und Bedenken der europäischen Bürger zu konfrontieren.

Bereits zu Beginn räumte Mark Zuckerberg große Versäumnisse ein: „Wir haben nicht genug getan, um den Missbrauch von Facebook zu verhindern. Das betrifft falsche Nachrichten, die Beeinflussung von Wahlen und Missbrauch. Wir sind unserer Verantwortung nicht gerecht geworden.“ Mit einer reinen

Entschuldigung wollte sich jedoch keine Fraktion zufriedengeben. So wurden viele kritische Fragen gestellt, die von der praktischen Anwendung des europäischen Datenschutzes bei Facebook bis hin zur Rolle des Konzerns im internationalen Terrorismus, über Fake-Accounts, Cyberbullying und Falschnachrichten reichten. Die Antworten sollten demnach über vage Lippenbekenntnisse hinausgehen, wie unser ALDE-Fraktionsvorsitzender Guy Verhofstadt in seiner Frage klarmachte: "Mr Zuckerberg has apologised tens of times, but the people have had enough, as the petition initiated by Avaaz, which I today handed to Mr Zuckerberg, highlights."

Zu einer wirklich konkreten Beantwortung der Fragen kam es allerdings nicht, was besonders dem Frageformat geschuldet war. In einem ersten Block hatten die Fraktionsführer die Möglichkeit gesammelt ihre Fragen zu formulieren, die dann im nächsten Block von Zuckerberg beantwortet werden sollten. Raum für Rückfragen war demnach nicht vorhanden und das Frage-Antwortverhältnis lag schließlich bei 60 zu 30 Minuten. Der Facebook-CEO versprach eine vollständige Anwendung europäischer Datenschutzregeln gemäß der neuen Verordnung, die nur drei Tage später in Kraft treten würde, und eine Besserung Facebooks in allen Bereichen. Trotzdem beantwortete er nicht alle Fragen, sondern nur ausgewählte, welches Guy Verhofstadt auch später völlig zurecht als „Cherry-Picking“ bezeichnete. Aufgrund der allgemeinen Unzufriedenheit über die vielen unbeantworteten Fragen versprach Zuckerberg eine schriftliche Beantwortung, auf die wir Parlamentarier gespannt warten.

Ich begrüße Zuckerbergs Entscheidung sich den Parlamentariern zu stellen, auch wenn ich enttäuscht über das Format der Anhörung bin. So wie ich es für wichtig erachte, den Unternehmen Freiheit und Entfaltung in Europa zu ermöglichen, kann dies nicht auf Kosten der Freiheit und der Rechte von Nutzern erfolgen. Es ist daher notwendig, in naher Zukunft und immer wieder den Datenschutz von Bürgerinnen und Bürgern in Europa zu überprüfen und zu gewährleisten.

Plenardebatte zum „Mehrjähriger Finanzrahmen 2021-2027 und Eigenmittel“

In Straßburg wurde im Plenum der Vorschlag der Kommission zum Mehrjährigen Finanzrahmen (im EU Jargon auch MFF) diskutiert. Der für Finanzen zuständige Kommissar Günther Oettinger stellte diesen dem Parlament vor. Im Finanzrahmen sieht die Kommission ein Gesamtvolumen von 1,114% des Bruttonationaleinkommens der EU vor. Entscheidende Überlegungen, so Oettinger, seien die Forderungen nach neuen Prioritäten gewesen: Priorität im Vorschlag seien Migration, Grenzschutz, verstärkte Investitionen in Forschung, Innovation und Erasmus Plus. Auf der anderen Seite sei der Brexit und damit das Ausscheiden eines Nettozahlers der EU zu bedenken. Um dies abzufangen, sieht die Kommission zwei Maßnahmen vor: Kürzungen im Agrar- und Kohäsionsetat und eine Erhöhung der Einzahlungen durch die Mitgliedsstaaten.

Im Parlament herrscht zwischen den Fraktionen, aber auch innerhalb der Fraktionen Uneinigkeit zum vorgeschlagenen Finanzrahmen. Insgesamt fordert das Parlament eine Erhöhung des Gesamtvolumens auf 1,3% des EU Bruttonationaleinkommens. Jedoch ist die Frage nach dem „Wie“, also der Verteilung der Mittel entscheidend. Für Linke und S&D sind Kürzungen im Agrar- und Kohäsionssektor inakzeptabel, sie fordern noch einen höheren Gesamtetat. Dieser wird jedoch von den Konservativen abgelehnt. Der polnische konservative Abgeordnete Jan Olbrycht forderte im Zuge dessen den Rat auf, sich für ein Zukunftsszenario der EU zu entscheiden, da dies auch für den Finanzrahmen entscheidend sei. Die S&D legte währenddessen einen stärkeren Fokus auf die Fiskalpolitik und die Erhöhung der Kapazitäten in diesem Bereich - die Krisen in der Eurozone und die aktuelle Situation in Italien zeigten, dass die Kapazitäten und eine Reform der Eurozone dringend notwendig seien.

In der ALDE wird der MFF-Vorschlag seit einiger Zeit heftig debattiert. Es gibt Stimmen für und gegen Kürzungen, entscheidend für uns Liberale ist aber die Qualität der Regelungen für die Ausgaben des Geldes. Die liberale Position ist, dass die Ausgaben in Erasmus Plus, Forschung, der Außengrenzverwaltung und den Eigenmitteln höher sein müssen. Mein französischer liberaler Kollege Jean Arthuis fügte der Debatte ein wichtiges Handlungsprinzip zu: Immer dann, wenn auf der EU-Ebene Zahlungen gebündelt und Vorteile von Skaleneffekten genutzt werden können und durch diese Effizienzsteigerung nationale Zahlungen reduziert werden können, kann das EU Etat gerechtfertigt erhöht werden.

Auch ich spreche mich für einen verantwortungsvollen und effizienten Umgang mit dem Geld der EU-Bürger aus. Dabei sollte es sich jedoch um pragmatische und nicht um ideologische Lösungen handeln.

Wenn durch die europäische Bündelung von Geldern in bestimmten Bereichen insgesamt Einsparungen gemacht werden können, ist das zu begrüßen. Gleichzeitig dürfen der Brexit und seine Konsequenzen für das EU Budget nicht ausgeblendet werden. Aus meiner Sicht sollten die europäischen Gelder vor allem effizienter ausgegeben werden, zum Beispiel nach den Kriterien des Programms „Connecting Europe Facilities“: Projekte, die zum Ausbau der Infrastruktur in den Bereichen Verkehr, Digitalisierung und Energie gefördert werden, müssen a) nachweislich einen europäischen Mehrwert haben, b) planungsreif sein und c) kontinuierlich Fortschritte zeigen - sonst muss nach dem Prinzip „use it or lose it“ Geld zurückgezahlt werden. Der Haushalt der EU könnte damit viel mehr Positives bewirken.

Aussprache mit dem luxemburgischen Premierminister Xavier Bettel zur Zukunft der EU

Der luxemburgische Premier folgte seinem liberalen Kollegen Charles Michel um seine Vision für Europa vorzustellen. Anders als Michel besuchte Bettel das Parlament in Straßburg, ein Parlament, das für ihn neben den anderen Parlamenten in Luxemburg und Brüssel großen Symbolcharakter besitzt, wie er sagte.

Als Gründerstaat ist Luxemburg einer der ersten Unterstützer eines Europa mit nationaler Souveränität gewesen. Nun müssen die Mitgliedsstaaten den Weg zur EU beschleunigen, dort, wo es die Bürger unterstützen. Bettel bezieht sich dabei auf Macrons Idee zur Durchführung von Bürgerbefragungen - auch Bettel legt viel Wert auf einen Bürgerdialog. Denn ein Aspekt der Krise derzeit sei, dass die Vorteile der EU als Selbstverständlichkeit hingenommen würden. Für Bettel ist die Tatsache, dass nach dem Brexit die in Luxemburg lebenden Briten die luxemburgische Staatsangehörigkeit beantragt hätten ein klares Zeichen, dass man die Vorteile dieses Bündnisses auch in Zukunft genießen wolle. Zu den Vorteilen gehöre auch die Chancengleichheit. Es müsse eine EU der gleichen Chancen für alle soziale Gruppen geben, die religiöse oder auch sexuelle Orientierung dürfe dabei keine Rolle spielen.

Die EU sei jedoch nicht nur nach innen, sondern auch nach außen ein wichtiger Akteur. Internationale Konflikte und der Klimawandel können nicht national gelöst werden. Weiterhin begrüßt Bettel die Bemühungen der Kommission zur Schaffung eines freien und offenen Welthandels, durch den die Bürger am Wohlstand teilhaben können. Der Binnenmarkt bilde das Fundament der EU und sei direkt mit dem Euro verbunden. Die Währungsunion ließe sich nicht isoliert von der Bankenunion betrachten. In beiden Bereichen wäre eine Vertiefung notwendig, wie die Bankenunion, die Luxemburg aktiv vorantreiben wolle.

Die Abgeordneten zielten in der Fragerunde besonders auf den Schengenraum und Steuerdumping ab. In der Frage um die Aufnahme von allen EU-Mitgliedern in den Schengener Raum verwies Bettel auf die Kriterien, die erfüllt werden müssen, um diesem Raum beizutreten. Sobald diese erfüllt seien, spräche nichts dagegen die betreffenden Länder in den Schengenraum aufzunehmen. Bettel wies in seiner Antwort den Vorwurf des Steuerdumpings von sich und möchte den Steuerwettbewerb nicht verschärfen. Allerdings sprach er sich für eine gewisse Harmonisierung im Binnenmarkt aus, welches auch den steuerlichen Bereich einschließe.

Ich konnte Xavier Bettel in vielen Punkten zustimmen und denke auch, dass die Europawahl eine Chance und die Pflicht darstellt, Wählerinteressen abzufragen, um diese bestmöglich zu vertreten. Weiterhin stimme ich ihn zu, wenn er sich für den Binnenmarkt und die Bankenunion ausspricht. Um jedoch einen fairen Wettbewerb innerhalb Europas zu garantieren, muss es auch im Bereich Steuern ähnliche Bedingungen geben. Welche Bekenntnisse hier in der Zukunft Luxemburg machen wird, bleibt spannend.

Neu: 3. Mobilitätspaket

Nachdem während der letzten Jahre im Transportbereich eher wenig Gesetzgebungsvorschläge aus der Kommission kamen, liefert die slowenische liberale Verkehrskommissarin Violeta Bulc zum Ende der Legislaturperiode nun alle versprochenen Projekte ab. Schade nur, dass wir vor den Wahlen kaum noch Zeit haben werden, diese Gesetze abzuschließen. Der Transportausschuss arbeitet aber unter Hochdruck, um bis zu den Wahlen eine Parlamentsposition festzuzurren.

Das 1. Mobilitätspaket aus dem Mai 2017 beschäftigt sich mit neuen Regeln für den Straßengüterverkehr. Was muss man vorweisen für eine Lizenz für internationale Transporte? Welchen Lohn bekommen die Fahrer, wenn sie durch Europa fahren? Dürfen Fahrer während ihrer Wochenruhezeit in der Kabine schlafen? Die entsprechenden Gesetze zur Eurovignette, zu Lenk- und Ruhezeiten (mein „Schattenbericht“), Entsendung von LKW-Fahrern und Kabotage haben wir mittlerweile im

Verkehrsausschuss abgestimmt. Als nächstes kommt die Abstimmung im Plenum, und sobald der Rat der Verkehrsminister sich auf eine Position geeinigt hat, können die Verhandlungen im Trilog starten.

Das 2. Mobilitätspaket vom November 2017 kümmert sich mehr um Umweltaspekte des Straßenverkehrs. Welche CO₂-Grenzwerte für PKWs und leichte Nutzfahrzeuge ab 2025? Wie wird der kombinierte Verkehr modernisiert, wo die LKWs von der Straße auf die Schiene und wieder zurückwandern?

Bei dem 3. Mobilitätspaket, das Verkehrskommissarin Bulc letzte Woche in Straßburg vorstellte, geht es nun um Digitalisierung und Sicherheit im Straßenverkehr. Fortschrittliche Sicherheitssysteme wie Notbrems- und Spurhalteassistent sind zukünftig Pflicht für neue PKWs. Diese Fahrzeuge sollen auch schon die nötigen Sicherheitssysteme für automatisiertes Fahren an Bord haben. Frachtpapiere von LKWs sollen digital gehandhabt werden und können somit besser zirkulieren, als wenn man immer auf die Papiere warten muss, die der Fahrer mitbringt. Erstmals schlägt die Kommission auch CO₂-Grenzwerte für LKWs vor.

II. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel und Straßburg

Förderung sauberer und energieeffizienter Straßenfahrzeuge

Die Qualität der Luft, die wir in unseren Städten und auf dem Land einatmen, wird durch Straßenverkehr stark belastet. Deshalb begrüßen wir den Kommissionsvorschlag, durch die Förderung sauberer und energieeffizienter Straßenfahrzeuge zur Verbesserung der Luftqualität beizutragen.

Allerdings ist saubere Mobilität nicht nur Elektromobilität. Es gibt eine Vielfalt von sauberen Antriebstechnologien, die heute schon verfügbar sind und die in Zukunft weiterentwickelt werden. Außerdem stoßen Elektroautos zwar keine gesundheitsschädlichen Abgase aus, werden aber häufig nicht mit „grünem“ Strom angetrieben, und der Herstellungsprozess der Batterien ist auch nicht unbedingt nachhaltig. Wir sollten dem technologischen Fortschritt durch einen zu starken Fokus auf Elektromobilität deshalb nicht vorbeugen. Die Vielfalt von sauberen Technologien sollte geradezu ein Markenzeichen Europas in der Wende zur sauberen Mobilität werden.

Als Schattenberichterstatterin für die Stellungnahme des Industrieausschusses werde ich mich dafür einsetzen, die Definition eines sauberen Fahrzeuges so technologieneutral wie möglich zu gestalten. Somit haben alle sauberen Antriebstechnologien eine Chance, sich im fairen Wettbewerb zu entwickeln und dem Ziel ‚saubere Luft‘ realistisch beizutragen.

Neue CO₂-Grenzwerte für PKW und neue leichte Nutzfahrzeuge

Ende letzten Jahres hat die Kommission vorgeschlagen, den maximal erlaubten Ausstoß für CO₂ von PKWs und leichten Nutzfahrzeugen (also zum Beispiel kleine Liefer- oder Umzugswagen) verbindlich um 15 Prozent bis 2025 zu reduzieren. Bis 2030 soll der Flottendurchschnitt der Hersteller um 30 Prozent sinken. Beides bezieht sich jeweils auf die für 2021 geltenden Grenzwerte von 95 Gramm CO₂/km für PKW und 147 Gramm CO₂/km für leichte Nutzfahrzeuge. Besonders emissionsarme Fahrzeuge sollen bei der Berechnung des Flottenziels mehrfach angerechnet werden, wobei diese weniger als 50 Gramm CO₂/km ausstoßen dürfen.

Generell ist es zu begrüßen, im Straßenverkehr weniger CO₂ auszustoßen. Allerdings ist mir nicht verständlich, warum wir ein Zwischenziel für 2025 benötigen. Es würde völlig ausreichen, nur ein Ziel für 2030 zu haben. Ein zusätzliches 2025-Ziel berücksichtigt nicht die langen Produktplanungszyklen von Autoherstellern. Viele Planungen für die Entwicklungen der nächsten Jahre sind bereits in der Umsetzungsphase. Hier ist ein wenig Flexibilität nötig. Leider fordern Parlamentarier für 2030 utopische Reduktionsziele von etwa 70 Prozent. Einige wollen sogar bis 2030 den Verbrennungsmotor verbieten. Das halte ich für illusorisch. Der Verbrennungsmonitor wird auch weiterhin eine wichtige Rolle spielen. Fragwürdig, aus meiner Sicht sogar falsch ist die vorgeschlagene einseitige Bevorzugung der Elektromobilität. Nur Elektroautos sollen im Vorschlag ganz angerechnet werden können. Alternativen, wie der Plug-in-Hybrid, nur halb oder weniger. Wir müssen auch daran denken, dass sich nicht jeder ein teures Elektroauto leisten kann.

In meinen Änderungsanträgen setze ich mich dafür ein, dass auch alternative Antriebe, wie Hybride oder Wasserstoffantriebe besser berücksichtigt werden. Außerdem habe ich bei Elektrofahrzeugen eine Begünstigung gefordert, die an deren Reichweite geknüpft ist. Und wenn schon der Ausbau der Elektromobilität vorangetrieben werden soll, dann muss auch dafür gesorgt werden, dass die entsprechende Lade-Infrastruktur vorhanden sein muss. Ansonsten müssen wir unsere Zielvorgaben nochmals überdenken. Auch hierzu habe ich einen Antrag eingebracht.

Wenn wir über Elektromobilität reden, müssen wir uns auch früher oder später die Frage stellen, wie wir CO₂-Emissionen messen. Was nämlich gegenwärtig Usus ist, ist die sogenannten Auspuffemissionen zu messen. Wir sollten ganzheitlicher messen, also woher kommt der Strom oder welche Emissionen fallen bei der Produktion von Batterien an. Es wäre verfehlt, wenn wir uns einreden, wir fahren Autos ohne Emissionen, wenn diese mit Kohlestrom fahren.

Wir sehen einer sehr komplexen und hitzigen Debatte entgegen und ich hoffe, dass es trotz aller Ideologien noch möglich sein wird, eine vernünftige Diskussion zu führen und praxistaugliche Lösungen zu finden.

Single Use Plastics

Am 28. Mai stellte die Europäische Kommission ihren Vorschlag zur Einschränkung der Verwendung von Einwegkunststoffprodukten vor. Bemerkenswert war die Begründung der Europäischen Kommission für die ambitionierten Ziele bei der Verringerung der Meeresabfälle. Dementsprechend stehen die zehn Kunststoffprodukte im Mittelpunkt, die am häufigsten an Europas Stränden und im Meer gefunden werden, von Wattestäbchen über Einweggeschirr bis zu Zigarettenfiltern und Plastiktüten. Hinzu kommen im Meer treibende Fischnetze, welche ein erhebliches Problem darstellen, da sie auch ohne Fischer weiter "aktiv" bleiben.

Neben Verboten einzelner Produkte, für die es bereits problemlos Alternativen gibt, steht dabei auch eine Verpflichtung der Hersteller, sich finanziell an den Kosten der Abfallbewirtschaftung zu beteiligen. Außerdem zielt die Kommission darauf ab, bis 2025 90 Prozent der Einweg-Getränkeflaschen einzusammeln, um sie so recyceln zu können.

Die ambitionierten Vorschläge der Kommission sind sehr zu begrüßen und ich werde mich nun im Parlament für eine zügige Umsetzung dieser Ziele einsetzen. Plastik ist ein sehr praktisches und haltbares Material, das wir in Bezug auf die Einwegprodukte aber leider falsch verwenden. Dadurch verbrauchen wir nicht nur unnötig viele Ressourcen und verschenken derzeit zu oft die Möglichkeit einer Wiederverwertung, sondern verursachen letztlich eine Verschmutzung der Umwelt mit einem Material, das bis zu 450 Jahre im Meer erhalten bleibt, mit katastrophalen Folgen für die maritime Biodiversität. Dementsprechend setze ich mich auf europäischer Ebene für eine "Mission: Plastic Free Ocean" ein.

Besuchergruppen im Mai/Juni

Die letzten Wochen konnte ich wieder mehrere Besuchergruppen im Europaparlament empfangen. Nachdem ich für die FDP-Fraktion aus dem niedersächsischen Landtag schon zweimal eine Informationsreise nach Brüssel organisiert hatte, kamen meine ehemaligen Kollegen letzte Woche nun für zwei Tage nach Straßburg. Nach einer recht turbulenten Fraktionssitzung konnten sie Kommissarin Violeta Bulc in Plenum bei der Vorstellung des 3. Mobilitätspaket sehen.

Zeitgleich war auch eine weitere Gruppe aus Niedersachsen und Hamburg zu Gast. Sie hatte ebenfalls Glück mit dem Besuch des Plenums und konnte dem Luxemburger Premierminister Xavier Bettel bei seiner Debatte zur Zukunft Europas zuhören. Bei einem Spaziergang nach dem Abendessen zum Bus trafen sie per Zufall Kommissarin Bulc, die alle freundlich begrüßte.

Diese Woche ist eine Gruppe junger liberaler Damen in Brüssel. Das sogenannte Women Empowerment Programm der Friedrich-Naumann-Stiftung bietet ein umfassendes Training für Frauen, die sich noch stärker in der FDP engagieren möchten. Wir organisieren jedes Jahr ein 3tägiges Brüssel-Programm für die Damen, wobei sie die Funktionsweise der EU und die wichtigsten liberalen Ansprechpartner vor Ort kennenlernen.

Aktuelle Gesetzgebung in meinen Ausschüssen in Kurzform:

- **Im Trilog:**
Tierarzneimittel, Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen (RED II), Energieeffizienz, Europäischer Kodex für die elektronische Kommunikation, Monitoring CO2 und LKW, Sitz der EMAACER
- **Demnächst im Trilog:**
Governance der Energieunion, Europäisches Programm zur industriellen Entwicklung im Verteidigungsbereich, Fairer Wettbewerb im Luftverkehr
- **Im Ausschuss:**
HTA (Gesundheitstechnologien – Schattenberichterstatteerin), CO2 für PKW und leichte Nutzfahrzeuge, Clean Vehicles, Trinkwasserqualitäts-Richtlinie, Gemeinsame Vorschriften für den Erdgasbinnenmarkt, ENISA, Mobility Package zum Straßengüterverkehr (Lenk- und Ruhezeiten - Schattenbericht, Entsendung, Maut, Kabotage), Clean Mobility Package (Kombinierter Verkehr, Öffnung des Fernbusmarktes), Fairer Wettbewerb im Luftverkehr, Bahnpassagierrechte, Gesetze zur Plastikstrategie. Demnächst werde ich meinen Bericht zur Revision der Richtlinie zu Hafenauffangvorrichtungen abgeben.
- **Voraussichtlich noch vor der Sommerpause zu erwarten:**
CEF (Europäische Infrastrukturförderung für Transport, Energie und Digitalisierung), 9. Forschungsrahmenprogramm, Single Window (elektronische Hafenfrachtpapiere), SPC Waver (Patentschutz für Arzneimittel)

III. Termine im Wahlkreis und in "aller Welt"

Europäisches Verkehrsnetz: Thema in Wien und Ljubljana

Alle, die mal einen Vortrag von mir über meine Arbeit im Europäischen Parlament gehört oder mich dort besucht haben, kennen den bunten „Metroplan“ der EU: eine Übersicht über die neun Hauptverkehrskorridore quer durch Europa, die alle Hauptstädte und Hauptwirtschaftsregionen miteinander netzartig verbinden und damit der freien Mobilität für Menschen, Waren und Dienstleistungen - also auch einem gut funktionierenden Binnenmarkt - dienen. Mir gefällt dieser Plan auch deshalb besonders gut, weil er die Zusammengehörigkeit Europas zeigt. Natürlich sind diese neun Korridore nicht alle gleichermaßen gut „in Schuss“: es gibt viele Baustellen, auch Baulücken - so war bis vor wenigen Monaten das Baltikum per Bahn nicht mit dem Rest der EU verbunden - und erheblichen Verbesserungsbedarf, häufig besonders im grenzüberschreitenden Verkehr. Daher war auch in dieser Förderperiode 2014-2020 drei Mal soviel Geld für Infrastrukturprojekte im Topf als vorher. Wir Verkehrspolitiker sind natürlich dafür, dass auch in der nächsten Periode 2021-2027 genügend europäische Fördermittel zur Co-Finanzierung bereitgestellt werden.

Dies war Thema bei einem Workshop in Wien, zu dem ich als Rednerin von den österreichischen Liberalen NEOS in ihre Diskussionswerkstatt eingeladen war. Natürlich spielten hier besonders die Verbindungen zu Österreichs Nachbarstaaten eine Rolle, wie auch das Großprojekt Brenner-Basis-Tunnel, das eine erhebliche Zeiteinsparung und auch eine deutliche Verbesserung der Lärm- und Umweltsituation in der Urlaubsregion Alpen mit sich bringen wird.

Das gesamte transeuropäische Netz mit optimierten Zukunftsvisionen wird jährlich auf den sogenannten „Ten-T-Days“ diskutiert. Dieses Jahr fand es in Ljubljana statt - zur Freude unserer Verkehrskommissarin Violeta Bulc, die dadurch ausnahmsweise Mal mehrere Tage am Stück in ihrer Heimatstadt verbringen konnte (wenn auch meist dienstlich eingespannt).

Liberales Familientreffen: ALDE-Council in Sofia

Sogar zwei Mal pro Jahr trifft sich der Rat der europäischen liberalen Partei ALDE, dem ich angehöre. Die ALDE-Partei hat wesentlich mehr nationale Mitgliederparteien als die ALDE-Fraktion, auch über die Grenzen der EU hinweg. So gehören auch liberale Parteien aus Aserbeidschan, der Ukraine, Russland oder Weißrussland dazu. Der Rat dient vor allem der Vorbereitung des jährlich an verschiedenen Standorten stattfindenden ALDE-Kongresses, zu dem alle Mitglieder (sofern als Delegierte gewählt) kommen und aktuelle Beschlüsse fassen können. Aber auch Gäste sind natürlich immer willkommen! Besonderes Highlight war dieses Jahr die Ehrung von Sir Graham Watson, langjähriges Mitglied des Europäischen Parlaments und auch fünf Jahre Fraktionsvorsitzender der ALDE. Nächstes „Großfamilientreffen“ ist Ende des Jahres beim ALDE-Kongress in Madrid.

Europäischer Tag der Meere in Burgas

Am 31. Mai und 1. Juni fand im bulgarischen Burgas die jährliche Konferenz anlässlich des Europäischen Tages der Meere (EMD) statt. Es war bereits mein neunter Besuch und Rednereinsatz beim EMD, der jedes Jahr in einem anderen Mitgliedstaat stattfindet. Dieses Jahr ging es zum ersten Mal an das Schwarze Meer, wo passenderweise eine neue Kooperationserklärung der Anrainerstaaten unterschrieben wurde. Dominierende Themen waren die Maritime Raumordnung, die ich 2014 als Berichterstatterin für das Europäische Parlament begleitet habe, die Verschmutzung der Meere sowie die Auffangeinrichtungen für Müll in Häfen, für die ich derzeit Berichterstatterin bin.

Als Präsidentin der Searica-Intergroup im Europäischen Parlament war ich gleich an drei Diskussionsrunden beteiligt. Dabei ging es um die maritime Raumordnung im Mittelmeer, die anstehenden Entscheidungen über die Finanzierung der zukünftigen Meeres- und Forschungspolitik sowie die Rolle der Ozeane in den anstehenden Europawahlen 2019. Ich bin sehr dafür, dass Meerespolitik mehr denn je im Fokus steht, denn zur Europäischen Union gehört flächenmäßig deutlich mehr Meer als Land. Damit ist der „blaue Teil“ der EU streng genommen der größte Wahlkreis - und für den setze ich mich über nationale Grenzen hinweg ein.

III. Terminvorschau

04. - 08.06	Brüssel	Ausschüsse, Fraktion, Meereskonferenz
04. - 06.06	Brüssel	Besuchergruppe Frauenförderprogramm
11.06	Straßburg	Vortrag europäische Seniorenpolitik
11.-14.06.	Straßburg	Fraktion, Plenum
16.06.	Erfurt	Bundes-Mitgliederversammlung Liberale Frauen
18.06	Bremerhaven	Vorlesung Lebensmittelgesetzgebung
18.-21.06.	Brüssel	Ausschüsse

Abspraken für Termine in Deutschland und Interesse an Besucherreisen bitte über Kirsten Zander in meinem Wahlkreisbüro.

Kontakt: info@gesine-meissner.de; Tel.: 05103-706637

6. Juni 2018